

Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und der Türkei

Utku Pazarkaya

Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

In Deutschland hat inzwischen jeder fünfte Bürger einen sogenannten Migrationshintergrund. Das heißt, er selbst oder ein Elternteil stammen aus dem Ausland. Bei Kindern unter fünf Jahren hat inzwischen jedes Dritte einen Migrationshintergrund. In Städten wie Stuttgart, Nürnberg und Frankfurt sind es sogar zwei Drittel. Und bei der für Deutschland sehr erfolgreichen U 21-Europameisterschaft in Schweden traten in der DFB-Auswahl beim ersten Spiel gleich neun Spieler mit Migrationshintergrund an. In den 60 Jahren ihres Bestehens hat die Bundesrepublik einen grundlegenden Wandel durch die

Einwanderung erfahren. Verspätet trägt dem jetzt auch die Politik Rechnung. Mit dem Integrationsgipfel bei Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem ersten Nationalen Integrationsplan.

In den letzten Jahren tritt die Realität, das Deutschland ein Einwanderungsland ist, immer stärker ins öffentliche Bewusstsein. Es wird selbstverständlich, dass der Banknachbar in der Schule eine türkische Mutter, einen italienischen Vater oder einen spanischen Großvater hat. Je mehr dies Alltag wird, desto seltener werden Menschen Diskriminierungen wegen ihrer Herkunft erleben.

Im kulturellen vielfältigen Europa ist Xenophobie kein Randproblem. Die Europäische Union nimmt das Problem ernst. Sie lässt Fremdenfeindlichkeit seit mehr als zehn Jahren zentral untersuchen. Heute macht diese Arbeit die EU-Agentur für Grundrechte (FRA). Erfreulich ist, dass darüber hinaus eine Vielzahl von Instituten, Universitäten und Stiftungen dem Phänomen Fremdenfeindlichkeit nachgehen. Es sei hier unter anderem auch das "Deutsche Institut für Menschenrechte" in Berlin genannt, das 2001 auf Empfehlung des Deutschen Bundestages gegründet wurde. Angesichts der vielen Einrichtungen in Deutschland und Europa vergeht kaum eine Woche, in der nicht Forscher neue Daten und Studien zur Fremdenfeindlichkeit präsentieren. Hier ein Beispiel: Im März 2009 erschien eine große Schülerstudie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. Laut der Studie „Jugendliche in Deutschland als Täter und Opfer von Gewalt“ sind 14 Prozent der Befragten als „sehr ausländerfeindlich“ einzustufen, ein Viertel als „eher ausländerfeindlich“ und die übrigen 60 Prozent als „nicht ausländerfeindlich“. Darüber hinaus befürworte ein beträchtlicher Teil

der Jugendlichen ausländerfeindliche Einstellungen. Der Aussage, „in Deutschland gibt es zu viele Ausländer“, stimmten 35 Prozent „eher“ und 30 Prozent „voll und ganz“ zu. 40 Prozent der Jugendlichen halten der Studie zufolge die meisten Ausländer für kriminell. Jeder fünfte stimmte der Aussage zu, dass Ausländer untereinander heiraten sollten. Am niedrigsten sei die Ausländerfeindlichkeit in den Großstädten, wo die meisten Einwanderer leben.

EUROPEAN UNION MINORITIES AND DISCRIMINATION SURVEY

Ich möchte hier noch zwei weitere Untersuchungen kurz vorstellen. Im Mai 2009 hat die EU-Grundrechteagentur (European Union Agency for Fundamental Rights, FRA) eine Studie zur Situation der Muslime veröffentlicht. Sie erschien im Rahmen der „European Union Minorities and Discrimination Survey“. Einige Ergebnisse, die Deutschland betreffen, zeigen, dass sich Politik und Gesellschaft weiter aktiv für die Chancengleichheit der Einwanderer einsetzen müssen. Laut dem „Data in Focus Report / Muslims“, der FRA, erfahren türkischstämmige Einwanderer vor allem bei der Jobsuche und an der Arbeitsstelle Diskriminierungen. Unter den 14 EU-Staaten der Untersuchung erreicht Deutschland in diesem Bereich nur den drittletzten Platz. Höhere Werte der Diskriminierung erleiden bei der Jobsuche laut der Befragung der FRA nur noch Nordafrikaner in Italien und Afrikaner auf Malta. In Deutschland gab ein Fünftel der Türkischstämmigen an, dass sie im Verlaufe der vergangenen zwölf Monate bei der Jobsuche diskriminiert worden seien.

Die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt wiegt besonders schwer. Denn für die Europäische Union nimmt beim Integrationsprozess von

Einwanderern die Beschäftigung eine zentrale Stellung ein. Zugespitzt kann man sagen: ohne Arbeit und Beschäftigung - keine Integration von Einwanderern.

Polizeikontrollen

Aus den insgesamt neun Untersuchungsfeldern der FRA-Untersuchung möchte ich noch das Thema Polizeikontrollen herausgreifen. In Deutschland gab ein Viertel der türkischen Migranten an, dass sie im Laufe eines Jahres von der Polizei kontrolliert wurden. Von diesen sind fast 40 Prozent der Ansicht, dass sie wegen ihrer ethnischen Herkunft kontrolliert worden seien. Deutschland liegt mit diesen Werten im Mittelfeld der 14 untersuchten EU-Staaten. Besonders niedrig liegen die Werte unter anderem in Österreich. Dort gaben nur sechs Prozent der Türkischstämmigen an, sie seien in den letzten 12 Monaten von der Polizei kontrolliert worden. Wiederum ein Fünftel von ihnen war der Ansicht, dies habe mit ihrer ethnischen Herkunft zu tun.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein Untersuchungsergebnis des Open Society Institutes erwähnen, das ebenfalls im Frühjahr 2009 erschienen ist. (Das Institut wird vom US-Milliardär George Soros finanziert.) Danach stiegen die Personenkontrollen in Europa nach dem 11. September 2001 sprunghaft an. Die deutschen Behörden überprüften, so heißt es, mehr als acht Millionen Menschen. Dabei seien besonders Muslime kontrolliert - und kein einziger Terrorist identifiziert worden. Zudem betonen die Autoren der Studie, dass Ermittlungen dieser Art eine Diskriminierung und somit "einen Verstoß gegen fundamentale Menschenrechtsnormen" darstellten. Der Leiter der Studie, James A. Goldston, erklärte zu den Daten aus zahl-

reichen EU-Staaten: "Zu viele Träger der Staatsgewalt setzen innere Sicherheit mit einer härteren Gangart gegenüber Minderheiten gleich."

Zum Abschluss hier noch ein kleiner Vergleich aus der Untersuchung der FRA. Demnach ist ein Drittel der türkischen Migranten in Österreich der Meinung, dass Diskriminierungen weit verbreitet seien. Von den Türken in Deutschland ist die Hälfte dieser Ansicht. In Dänemark und den Niederlanden sind 60 Prozent der türkischen Migranten dieser Ansicht und in Belgien 70 Prozent.

EUROPÄISCHE KOMMISSION GEGEN RASSISMUS UND INTOLERANZ (ECRI)

Die zweite große Untersuchung, auf die ich hier eingehen möchte, stammt von der Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und ist ebenfalls im Mai 2009 erschienen. ECRI wurde vom Europarat ins Leben gerufen. Sie ist ein unabhängiges Gremium, das über die Einhaltung der Menschenrechte wacht, wenn es um Fragen von Rassismus und Intoleranz geht. In ihrem vierten Bericht zu Deutschland bescheinigt ECRI der Bundesrepublik Fortschritte im Kampf gegen Rassismus. ECRI begrüßt die positiven Entwicklungen in Deutschland. Trotz der erzielten Fortschritte sind für ECRI jedoch einige Probleme weiterhin Anlass zur Sorge. So würden Minderheiten Ziele rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Angriffe. Muslime, Türken, Schwarze, Sinti und Roma klagten über Benachteiligung im Alltag. Der Bericht nennt hier unter anderem die Diskriminierung von Muslimen und Schwarzen am Arbeitsplatz und bei der Wohnungssuche. Außerdem würden Schwarze besonders oft zur Zielscheibe rassistischer Angriffe. Sie berichteten von sogenannten „No-go-Gebieten“ in einigen Bundesländern, in die sie

ungern allein hineingehen oder die sie überhaupt nicht zu betreten wagten.

Schulsystem

Scharfe Kritik übt die Europaratskommission gegen Rassismus und Intoleranz ECRI am deutschen Schulsystem. Kinder mit Migrationshintergrund hätten weiter deutlich geringere Erfolgchancen. In Deutschland kommt den Lehrern eine wichtige Rolle bei der Zuweisung der Schüler auf die verschiedenen Sekundarschulformen zu. Nichtregierungsorganisationen berichteten, dass einige Lehrer offen in der Klasse diskriminierendes Verhalten vor allem gegenüber türkischen und muslimischen Kindern an den Tag legten und dass manche dazu neigten, solche Schüler eher auf die Hauptschule oder die Realschule zu schicken, selbst wenn diese manchmal fürs Gymnasium geeignet wären (weil die Lehrer beispielsweise der irrigen Ansicht seien, dass diese Schüler sich in den weniger anspruchsvollen Schultypen leichter täten). Eine Untersuchung in Baden-Württemberg ergab, dass dreieinhalbmal mehr Migrantenkinder als deutsche Kinder wegen Lernschwächen auf die Sonderschule gehen. Im gegliederten deutschen Sekundarschulsystem landen zweimal mehr Kinder mit Migrationshintergrund als deutsche in der Hauptschule und der Prozentsatz der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss ist unter Einwandererkindern sogar mehr als doppelt so hoch wie unter deutschen Kindern. Zugleich gelangten nicht einmal halb so viele Migrantenkinder wie deutsche Kinder aufs Gymnasium, das den Hochschulzugang eröffnet. ECRI betont, dass dieser Kontrast zwischen ausländischen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund einerseits und deutschen Kindern andererseits im Schulerfolg äußerst beunruhigend ist.

Arbeitsmarkt

Personen mit Migrationshintergrund unterliegen in Deutschland nach wie vor ernsthafter Benachteiligung beim Zugang zum Arbeitsmarkt, vor allem wenn es um Facharbeiter geht, so die Einschätzung von ECRI. Selbst wenn sie über die gleiche Qualifikation wie ihre deutschen Kollegen verfügten, würden sich Einwanderer und ihre Kinder schwerer tun, Arbeit zu finden, als die übrige Bevölkerung.

Nichtregierungsorganisationen berichteten, dass sichtbare Unterschiede – z.B. auch der Name einer Person – zu Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt führten, vor allem dann, wenn derartige Unterschiede den Eindruck erweckten, dass es sich um Muslime oder Türken handle. Schwarze, die Arbeit suchten, berichteten, dass sie abgewiesen würden, sobald der Arbeitgeber sie zu Gesicht bekomme.

Wohnungsmarkt

Verschiedene Untersuchungen in der Vergangenheit haben laut ECRI ergeben, dass in Deutschland lebende Migranten im Durchschnitt höhere Mieten als Deutsche zahlen, aber in kleineren Häusern oder Wohnungen leben. In manchen Städten lebten die Migranten überwiegend in bestimmten Stadtvierteln. Nichtregierungsorganisationen berichteten, dass diskriminierendes Verhalten von Vermietern hierbei eine entscheidende Rolle spiele. Wer zum Beispiel einen fremd klingenden Namen habe oder nicht gut Deutsch spreche, bekomme kaum eine Wohnung.

Medien

ECRI hält es für wichtig, die Journalisten in den Medien für die Berichterstattung in einer gemischten Gesellschaft besonders auszubilden. ECRI fordert die deutschen Behörden auf, das entsprechende Bewusstsein der Medien zu schärfen, ohne jedoch dabei in die Freiheit der Berichterstattung einzugreifen, darauf zu achten, dass die Berichterstattung keinerlei rassistische Vorurteile und Klischees am Leben erhält und ferner eine aktivere Rolle bei der Bekämpfung solcher Vorurteile und Klischeevorstellungen zu spielen.

Antisemitismus

Die Behörden registrierten 2008 rund 1500 politisch motivierte rechts-extreme Straftaten mit antisemitischem Hintergrund, das heißt im Schnitt knapp 30 solcher Delikte pro Woche. 2008 gab es 53 Fälle (Vorjahr 30) antisemitischer Schändungen jüdischer Friedhöfe. In manchen Fällen wurden Grabsteine umgestürzt, in anderen Fällen wurden Graffiti-Schmierereien, oft auch mit Hakenkreuzen und anderen Nazi-Symbolen, angebracht. 2008 gab es 44 antisemitische rechte Gewalttaten. (Insgesamt verzeichneten die Behörden einen Rückgang gegenüber 2007 von gut vier Prozent.)

Die Kommission des Europarates begrüßte die Entschlossenheit der deutschen Behörden, alle Formen des Antisemitismus zu verurteilen und zu bekämpfen und die jüdische Kultur in Deutschland zu fördern. Sie bescheinigt, Deutschland aktiv gegen Neonazis vorzugehen. Die deutschen Behörden verurteilten regelmäßig antisemitische Straftaten, verfolgten die Täter und würden sie, wenn möglich, vor Gericht bringen. Die Kommission des Europarats forderte aber auch in diesem Bereich verstärkte Anstrengungen.

Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit

Rechte Täter begehen zwei Drittel aller politisch motivierten Straftaten in Deutschland. Politisch rechts motivierte Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund stiegen 2008 um rund drei Prozent auf 2950. Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund gingen um rund sieben Prozent auf 409 zurück. ECRI begrüßt die verschiedenen Initiativen gegen Rassismus und stellt fest, dass beträchtliche Mittel aufgewandt wurden, um auf verschiedensten Wegen der schlimmsten Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Herr zu werden. Von der Verfolgung einzelner Straftaten abgesehen haben die Behörden ein ganzes Bündel von Maßnahmen ergriffen, um rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten zu bekämpfen. Dazu zählen Hilfen für die Opfer, Beistand, um Straftätern zu helfen, aus dem rechtsradikalen Milieu auszubrechen, sowie Bemühungen, junge Leute von rechtsextremer Betätigung abzuhalten. Auch örtliche Initiativen würden weiterhin bezuschusst, wenn auch manche nur kurzfristig.

Fortschritte bei der Integration

Als wichtigen Fortschritt wertete die Kommission des Europarates unter anderem die in den vergangenen Jahren eingeführte Sprachförderung für Vorschulkinder, das Anti-Diskriminierungsgesetz und die Einrichtung der Deutschen Islamkonferenz. Sie begrüßt auch die Integrationskurse für Erwachsene. Um die Bildungschancen von Einwandererkindern zu verbessern, empfahlen die Experten die Einführung von wenigstens einem beitragsfreien Kindergartenjahr.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte unterstützt die Empfehlungen des ECRI-Berichts, den Begriff des Rassismus weiter zu fassen und sich auch mit der Diskriminierung, die in der Mitte der Gesellschaft bestehe, zu befassen. Für vordringlich hält es das Institut, die Benachteiligung von Migrantenkindern im Bildungssystem zu beseitigen.

EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND

Abschließend möchte ich noch einmal den Blick weiten und an meine Eingangssätze zur Einwanderung in Deutschland anknüpfen. Im Sommer 2009 hat die Bertelsmann Stiftung eine Studie zu diesem Thema vorgelegt und die zeigt, dass sich die meisten Zuwanderer in Deutschland heimisch fühlen und dem deutschen Staat und seinen Institutionen großes Vertrauen entgegenbringen. Allerdings fühle sich knapp die Hälfte der Migranten weniger anerkannt als Einheimische. Bei den Türkischstämmigen und bei Zuwanderern aus Russland ist das Gefühl, in Deutschland nicht anerkannt zu sein, mit 61 beziehungsweise 55 Prozent stärker verbreitet.

"Die Zufriedenheit der meisten Migranten mit ihrem Leben ist ein positives Signal für das Einwanderungsland Deutschland", kommentiert Dr. Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, das Ergebnis der Befragung. "Integration ist aber kein einseitiger Prozess. Wenn auch noch mehr türkisch- und russischstämmige Zuwanderer sich heimisch in Deutschland fühlen sollen, brauchen sie mehr Anerkennung - und Chancen, die Zukunft unseres Landes mitgestalten zu können", so Dräger weiter: "Ohne faire Bildungschancen gelingt weder Integration noch Partizipation."